
Verordnung zum Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Verordnung zum Krankenpflegegesetz)

Vom 11. Dezember 2007 (Stand 1. Januar 2017)

Gestützt auf Art. 52 des Gesetzes vom 2. Dezember 1979¹⁾

von der Regierung erlassen am 11. Dezember 2007

1. Beiträge an die Spitäler

Art. 1 Definitionen

¹ Ein Fall im Sinne dieser Verordnung ist ein stationärer Fall gemäss den Vorgaben von SwissDRG. *

² ... *

³ ... *

Art. 2 * Publikation von Betriebsdaten

¹ Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen werden Spitalern, Kliniken und Geburtshäusern (nachfolgend Spitäler) mit Standort im Kanton nur ausgerichtet, wenn das Gesundheitsamt vom Spital, der Klinik oder dem Geburtshaus ermächtigt wird, dessen Betriebsdaten zu veröffentlichen. Personenbezogene Daten dürfen nur in anonymisierter Form veröffentlicht werden.

Art. 2a * ...

Art. 3 * ...

¹⁾ BR [506.000](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 4 Fallbeiträge *

¹ Fallbeiträge werden ausgerichtet für die stationäre Behandlung von KVG- und IV-/MV-versicherten Personen mit Wohnsitz im Kanton Graubünden. *

² Voraussetzung für die Beitragsleistung des Kantons gemäss Artikel 41 Absatz 3 KVG ist eine Kostengutsprache der Kantonsärztin beziehungsweise des Kantonsarztes oder der Stellvertretung.

³ ... *

⁴ ... *

⁵ ... *

⁶ ... *

⁷ ... *

Art. 4a * Übrige Betriebsbeiträge

¹ Das Departement teilt die Gesamtkredite für den Notfall- und Krankentransportdienst, für die universitäre Lehre und die Forschung, für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen und für die Sicherstellung der Versorgung auf die Spitäler auf.

Art. 5 * ...

Art. 6 * ...

Art. 7 Einzureichende Unterlagen *

¹ Spitäler, die sich auf der Spitalliste des Kantons befinden und ihren Standort im Kanton haben, sind verpflichtet, dem Gesundheitsamt folgende Unterlagen einzureichen: *

- a) die Krankenhausstatistik und die medizinische Statistik gemäss den Vorgaben des Bundesamts für Statistik;
- b) jeweils innert zehn Tagen nach Ende eines Quartals provisorische Fallzahlen mit Angaben über die Herkunft, das Alter, den Kostenträger und die Versicherungsart der einzelnen Fälle;
- c) jeweils innert 30 Tagen nach Ende eines Quartals die Daten der medizinischen Statistik inklusive der fakultativen Daten im Minimaldatensatz;
- d) * Patientendaten soweit diese zur Überprüfung der Beitragspflicht und zur Beitragsgewährung notwendig sind;
- e) * Daten hinsichtlich Leistungsspektrum und Leistungsmenge;
- f) * die für den Kantonsbeitrag massgebenden Finanzdaten anhand eines vom Gesundheitsamt zur Verfügung gestellten Formulars;
- g) * die Betriebsrechnung REKOLE aggregiert nach dem ITAR-K Modell von H+ Die Spitäler der Schweiz;

- h) * bis spätestens am 31. März des Folgejahres die Kostenrechnung, das Ergebnis der von der Regierung vorgegebenen Qualitätsmessungen, sowie die zur Beitragsbemessung und zur Überprüfung der Betriebsbewilligung notwendigen Daten und Unterlagen;
- i) * bis spätestens am 30. April des Folgejahres die einer ordentlichen Revision gemäss Artikel 727 OR unterzogene Jahresrechnung mit der Anlagebuchhaltung sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle.

Art. 7a * Anstellungsbedingungen

¹ Spitäler erfüllen die Anforderungen branchenüblicher Anstellungsbedingungen, wenn sie in den Anstellungsverträgen mit den Mitarbeitenden die Bestimmungen des Personalmusterreglementes des Bündner Spital- und Heimverbandes nicht unterschreiten.

Art. 8 * Auszahlung der Beiträge

¹ Das Gesundheitsamt richtet jeweils Ende Monat Akontozahlungen in der Höhe von 90 Prozent der Zahlungen des Vorjahres aus.

² Per Ende des Quartalsfolgemonats richtet es jeweils auf der Basis der provisorischen Falldaten provisorische Leistungsbeiträge aus.

³ Die definitive Festsetzung der Leistungsbeiträge erfolgt durch das Gesundheitsamt nach Prüfung der statistischen Daten und der Finanzdaten.

⁴ Die übrigen Betriebsbeiträge des Kantons werden jeweils zu einem Viertel am Ende jedes Quartals ausgerichtet.

⁵ Der Gemeindeanteil wird durch den Kanton vorfinanziert und den Gemeinden im darauffolgenden Jahr in Rechnung gestellt.

Art. 8a * Beitragskürzungen

¹ Eine Kürzung gemäss Artikel 18f Absatz 1 Litera a des Gesetzes wird vorgenommen, wenn die Anforderungen gemäss Artikel 13a Absatz 1 der Verordnung zum Gesundheitsgesetz nicht erfüllt werden.

2. Rechnungslegung der Spitäler

Art. 9 Anforderungen

¹ Spitäler und Kliniken, die sich auf der Spitalliste des Kantons befinden und ihren Standort im Kanton haben, sind verpflichtet: *

- a) die Jahresrechnung gemäss den von der Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung erlassenen Grundsätzen zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) und dem darauf beruhenden Handbuch des Bündner Spital- und Heimverbandes zu erstellen. Das Handbuch ist vom Gesundheitsamt zu genehmigen;

- b) die Kosten und Leistungen gemäss der Verordnung des Bundesrates über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) und dem Handbuch REKOLE® von H+ Die Spitäler der Schweiz zu ermitteln und zu erfassen.

² Das Geschäftsjahr hat dem Kalenderjahr zu entsprechen.

³ Spitäler mit einer Pflegeabteilung haben für diese eine separate Rechnung zu führen.

3. Beiträge an die Angebote zur stationären Pflege und Betreuung von Langzeitpatienten und von betagten Personen

Art. 10 Investitionsbeiträge

¹ Das Departement erteilt nach Beurteilung der Grundlagen zu Zweckbestimmung, Bedarf, Standortwahl, Betriebsführungskonzept, Raumprogramm, Kostenschätzung, Terminplan und Finanzierung die zur Weiterbearbeitung des Projekts notwendigen Weisungen.

² Die Regierung entscheidet gestützt auf das gemäss den Weisungen des Departementes überarbeitete Projekt über die Beitragsberechtigung und die Höhe des kantonalen Beitrags.

³ Investitionsbeiträge werden nur gewährt, wenn der Bedarf ausgewiesen ist und eine positive Stellungnahme der Planungsregion vorliegt.

Art. 11 * Festlegung anerkannte Kosten

¹ Als wirtschaftliche Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen gelten die Institutionen mit den tiefsten durchschnittlichen Kosten pro Pflageetag, die:

- a) * im Besitz einer Betriebsbewilligung ohne Auflagen zu den in Artikel 16 Absatz 1 Litera e und g, Artikel 17 Absatz 1 und Artikel 18 der Verordnung zum Gesundheitsgesetz vorgegebenen Anforderungen an die Strukturqualität sind und
- b) * in dem der Beschlussfassung vorangehenden Jahr mindestens 80 Prozent der von den Institutionen gemäss Litera a ausgewiesenen Pflageetage erbracht haben.

² Die durchschnittlichen Kosten pro Pflageetag ergeben sich aus dem Total der Pensions-, Betreuungs- und Pflegekosten bei mittlerem Pflegebedarf.

³ Für die Festlegung der anerkannten Kosten und der maximalen Kostenbeteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner gemäss Artikel 21b Absatz 1 des Gesetzes ist das gewichtete arithmetische Mittel der durchschnittlichen Kosten der wirtschaftlichen Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen massgebend. *

⁴ Die anerkannten Kosten und die Kostenbeteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner werden im Anhang 1 zur Verordnung festgelegt. *

Art. 11a * Leistungsbeiträge
1. Einzureichende Unterlagen

¹ Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen, die Anspruch auf Leistungsbeiträge erheben, haben dem Gesundheitsamt:

- a) * bis am 30. April des Folgejahres die einer ordentlichen Revision gemäss Artikel 727 OR unterzogene Jahresrechnung mit der Anlagebuchhaltung, den umfassenden Bericht der Revisionsstelle, die Kostenrechnung, das Ergebnis der von der Regierung vorgegebenen Qualitätsmessungen, sowie die zur Beitragsbemessung und zur Überprüfung der Betriebsbewilligung notwendigen Daten und Unterlagen einzureichen;
- b) * jeweils innert zehn Tagen nach Ende eines Quartals die Anzahl der je Pflegebedarfsstufe erbrachten Pflagetage für Pflegeleistungen und für Leistungen der Akut- und Übergangspflege zu melden sowie den aktuellen Richtstellenplan einzureichen.
- c) * ...

Art. 11b * 2. Auszahlung

¹ Das Gesundheitsamt richtet auf Basis der je Pflegebedarfsstufe gemeldeten Pflagetage für Pflegeleistungen und für Leistungen der Akut- und Übergangspflege jeweils bis Ende des Quartalsfolgemonats provisorische Leistungsbeiträge aus.

² Die definitive Festsetzung der Leistungsbeiträge durch das Gesundheitsamt erfolgt nach Prüfung der massgebenden Daten.

³ Überschreiten die gemeldeten Pflagetage das Maximum an möglichen Pflagetagen gemäss den auf der Pflegeheimliste zugewiesenen Betten, werden die nicht beitragsberechtigten Pflagetage beginnend mit der tiefsten Pflegestufe in Abzug gebracht. *

⁴ Artikel 2 gilt sinngemäss. *

Art. 11c * 3. Rechnungslegung

¹ Die Jahresrechnung ist gemäss den von der Stiftung für Fachempfehlungen zur Rechnungslegung erlassenen Grundsätzen zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) und dem darauf beruhenden Handbuch des Bündner Spital- und Heimverbandes zu erstellen. Das Handbuch ist vom Gesundheitsamt zu genehmigen.

² Die freien Reserven dürfen einen halben Jahresumsatz nicht übersteigen. *

³ ... *

⁴ Die Kostenrechnung ist gemäss dem Handbuch des Verbands Heime und Institutionen Schweiz und den Vorgaben des Gesundheitsamts zu erstellen.

⁵ Das Geschäftsjahr hat dem Kalenderjahr zu entsprechen.

Art. 11d * 4. Beitragskürzung

¹ Eine Kürzung gemäss Artikel 21g Litera a des Gesetzes wird vorgenommen, wenn die Anforderungen gemäss Artikel 16 Absatz 1 Litera d und e, Artikel 17 Absatz 1 und Artikel 18 der Verordnung zum Gesundheitsgesetz nicht erfüllt werden.

² Auf eine Kürzung gemäss Artikel 21g Litera f des Gesetzes kann verzichtet werden, wenn für fehlende Ausbildungs- und Praktikumsplätze Abgeltungsbeiträge in den Ausbildungsfonds des Spital- und Heimverbandes Graubünden entrichtet werden.

³ Das Reglement des Ausbildungsfonds und die Höhe der zu entrichtenden Abgeltungsbeiträge bedürfen der Genehmigung der Regierung.

Art. 11e * Gemeinden

¹ Die den Gemeinden einzureichenden Unterlagen wie auch die Periodizität der Auszahlung der kommunalen Leistungsbeiträge haben die Alters- und Pflegeheime und die Pflegegruppen mit den zahlungspflichtigen Wohnsitzgemeinden zu vereinbaren.

² Bezüglich der Finanzierung des Gemeindeanteils an den Pflegekosten von Personen, die direkt aus dem Ausland in ein Alters- und Pflegeheim oder in eine Pflegegruppe eintreten, haben sich die Gemeinden der betreffenden Planungsregion untereinander zu verständigen.

4. ... *

Art. 12 * ...

Art. 13 * ...

Art. 14 * ...

Art. 15 * ...

Art. 16 * ...

4a. Einrichtungen des betreuten Wohnens *

Art. 16a * Anerkennungsvoraussetzungen für Einrichtungen des betreuten Wohnens

¹ Die Bauten entsprechen den anerkannten Fachnormen für hindernisfreies Bauen, wenn sie:

a) der Norm SIA 500 Hindernisfreie Bauten entsprechen;

- b) dem Merkblatt des Gesundheitsamtes "Bauliche Anforderungen an Einrichtungen des betreuten Wohnens" entsprechen.

² Die Grundbetreuung gemäss Artikel 29c Absatz 2 Litera c des Gesetzes umfasst mindestens folgende Leistungen:

- a) die Betreuungsperson muss an Werktagen während mindestens einer Stunde vor Ort in der Einrichtung anwesend sein;
 b) die Betreuungsperson muss an Werktagen während mindestens fünf Stunden telefonisch erreichbar sein.

Art. 16b * Einzureichende Unterlagen

¹ Dem Anerkennungsgesuch sind folgende Unterlagen beizulegen:

- a) eine Bestätigung der Fachstelle "Hindernisfreies Bauen" der Pro Infirmis Graubünden, wonach die Bauten die Vorgaben Norm SIA 500 Hindernisfreie Bauten sowie das Merkblatt "Bauliche Anforderungen an Einrichtungen des betreuten Wohnens" des Gesundheitsamtes erfüllen;
 b) ein Betriebskonzept, das sich zum Angebot im Allgemeinen und insbesondere zur Ausgestaltung und zu den Leistungen der Grundbetreuung sowie zum weiteren Dienstleistungsangebot äussert.

² Einrichtungen, welche bereits vor dem 1. Januar 2017 bestanden, haben anstelle einer Bestätigung gemäss Artikel 16b Absatz 1 Litera a dem Anerkennungsgesuch einen Bericht der Fachstelle "Hindernisfreies Bauen" der Pro Infirmis Graubünden zur Einhaltung der Norm SIA 500 Hindernisfreie Bauten und der Vorgaben gemäss dem Merkblatt des Gesundheitsamtes "Bauliche Anforderungen an Einrichtungen des betreuten Wohnens" beizulegen.

5. Beiträge an die Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung und an die anerkannten Pflegefachpersonen *

Art. 17 * Anerkennungsvoraussetzungen für Pflegefachpersonen

¹ Selbständig erwerbende Pflegefachpersonen werden als beitragsberechtigt anerkannt, wenn sie:

- a) eine zweijährige Berufserfahrung im Kompetenzbereich Pflege und Betreuung, welche nicht länger als fünf Jahre zurückliegt, nachweisen;
 b) über ein Pflege- und Betreuungskonzept verfügen;
 c) an Werktagen während mindestens fünf Stunden telefonisch erreichbar sind;
 d) die Stellvertretung während Ferien und anderen Abwesenheiten geregelt ist;
 e) für Klientinnen und Klienten, bei denen mit dem Eintreten einer Krisensituation gerechnet werden muss, kurzfristig ein Pikettdienst rund um die Uhr bereitgestellt werden kann;
 f) * ...
 g) * eine Schulung zur Abklärung des Pflegebedarfs nachweisen.
 h) * ...

i) * ...

² ... *

³ ... *

Art. 18 Anspruch auf Leistungen

¹ Pflege- oder betreuungsbedürftige Personen gemäss Artikel 31e Absatz 2 des Gesetzes sind: *

- a) kranke, verunfallte, rekonvaleszente, behinderte, betagte und sterbende Menschen;
- b) Frauen vor und/oder nach der Geburt;
- c) pflegende Angehörige im Sinne einer vorübergehenden Entlastung.

² Ein Dienst mit kommunalem Leistungsauftrag kann vom Gesundheitsamt auf begründetes Gesuch hin von der Leistungspflicht befreit werden: *

- a) bei aufwändigen Therapien, welche den Einsatz von ständig zu überwachen- den medizintechnischen Geräten erfordern;
- b) * bei ausgewiesener physischer und psychischer Gefährdung der Mitarbeitenden oder anderweitiger Unzumutbarkeit der Leistungserbringung;
- c) * bei wiederholter Nichtbezahlung der Rechnungen.

Art. 19 * Beitragsberechtigte Leistungen

¹ Beitragsberechtigt sind Pflegeleistungen und Leistungen der Akut- und Übergangspflege für im Kanton wohnhafte Personen, an welche die obligatorische Krankenpflegeversicherung Beiträge leistet.

² Beitragsberechtigte hauswirtschaftliche und betreuende Leistungen sind folgende Leistungen für im Kanton wohnhafte Personen:

- a) Unterstützung in der Haushaltsführung oder vorübergehende selbstständige Führung derselben;
- b) Mithilfe in der Betreuung der Kinder, wenn der betreuende Elternteil wegen Krankheit, Unfall, Wochenbett oder Rekonvaleszenz ausfällt;
- c) Aktivierung, Anleitung und Begleitung zur Gestaltung des Alltags;
- d) Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention.

³ Der beitragsberechtigte Mahlzeitendienst umfasst die Lieferung von Mahlzeiten nach Hause für im Kanton wohnhafte Personen.

Art. 20 Zeitbudget

¹ Der maximale Umfang der beitragsberechtigten Leistungen umfasst:

- a) * bei den Pflegeleistungen und den Leistungen der Akut- und Übergangspflege den von den Krankenversicherern anerkannten Leistungsumfang;
- b) bei den hauswirtschaftlichen und betreuenden Leistungen 20 Stunden pro Woche;
- c) beim Mahlzeitendienst eine Mahlzeit pro Tag.

² Der Umfang der beitragsberechtigten Leistungen gemäss Absatz 1 Litera b kann durch die Einsatzleitung während maximal 60 Tagen ausgedehnt werden:

- a) auf maximal 48 Stunden pro Woche zur Entlastung pflegender Angehöriger;
- b) auf maximal 168 Stunden pro Woche bei Personen, denen der Eintritt in eine stationäre Einrichtung nicht möglich ist sowie bei Schwerkranken und Sterbenden;
- c) auf maximal 168 Stunden pro Woche bei Krankheit oder Unfall der Haushalt führenden Person in Haushalten mit unterstützungspflichtigen Kindern und Jugendlichen.

³ Der Umfang der beitragsberechtigten Leistungen gemäss Absatz 1 Litera b kann durch die Einsatzleitung während der Akut- und Übergangspflege auf maximal 168 Stunden pro Woche ausgedehnt werden. *

Art. 21 Bedarfsabklärung

¹ Die Bedarfsabklärung ist spätestens fünf Tage nach dem ersten Einsatz bei den Klientinnen beziehungsweise Klienten zu Hause durchzuführen. *

² ... *

³ Bei relevanten Veränderungen sind die zu erbringenden Leistungen dem Bedarf anzupassen. Die Bedarfsabklärung ist mindestens jährlich vor Ort zu überprüfen. *

Art. 22 * Festlegung der anerkannten Kosten

1. Dienste mit kommunalem Leistungsauftrag

¹ Als wirtschaftliche Dienste gelten die Dienste mit den tiefsten durchschnittlichen Kosten pro verrechnete Stunde, die:

- a) * im Besitz einer Betriebsbewilligung ohne Auflagen zu den in Artikel 21 Litera a der Verordnung zum Gesundheitsgesetz vorgegebenen Anforderungen an die Strukturqualität sind und
- b) * in dem der Beschlussfassung vorangehenden Jahr mindestens 80 Prozent der von den Diensten gemäss Litera a ausgewiesenen verrechneten Stunden erbracht haben.

² ... *

³ Für die Festlegung der anerkannten Kosten und der maximalen Kostenbeteiligung der Klientinnen und Klienten gemäss Artikel 31b Absatz 1 und 2 des Gesetzes ist das gewichtete arithmetische Mittel der durchschnittlichen Kosten der wirtschaftlichen Dienste mit kommunalem Leistungsauftrag massgebend. *

⁴ Die anerkannten Kosten und die maximale Kostenbeteiligung der Klientinnen und Klienten werden im Anhang 2 zur Verordnung festgelegt. *

Art. 22a * 2. Dienste ohne kommunalen Leistungsauftrag *

¹ Die anerkannten Kosten der Dienste ohne kommunalen Leistungsauftrag betragen 85 Prozent der anerkannten Kosten der Dienste mit kommunalem Leistungsauftrag. *

Art. 22b * 3. Pflegefachpersonen

¹ Die anerkannten Kosten der anerkannten Pflegefachpersonen betragen 90 Prozent der anerkannten Kosten der Dienste mit kommunalem Leistungsauftrag.

Art. 23 Leistungsbeiträge 1. Einzureichende Unterlagen

¹ Dienste und anerkannte Pflegefachpersonen, die Anspruch auf Leistungsbeiträge erheben, haben dem Gesundheitsamt: *

- a) * bis am 31. März des Folgejahres die Betriebsdaten gemäss den Vorgaben des Gesundheitsamtes, die Jahresrechnung mit der Anlagebuchhaltung, die Kostenrechnung sowie die zur Beitragsbemessung und zur Überprüfung der Betriebsbewilligung beziehungsweise der Anerkennung der Beitragsberechtigung notwendigen Daten und Unterlagen einzureichen;
- b) * jeweils innert zehn Tagen nach Ende eines Quartals die Anzahl der in den beitragsberechtigten Leistungskategorien erbrachten Leistungseinheiten zu melden.
- c) * ...

Art. 24 2. Auszahlung

¹ Das Gesundheitsamt richtet auf der Basis der pro beitragsberechtigte Leistungskategorie gemeldeten Leistungseinheiten jeweils bis Ende des Quartalsfolgemonats provisorische Leistungsbeiträge aus. *

² Die definitive Festsetzung der Leistungsbeiträge durch das Gesundheitsamt erfolgt nach Prüfung der massgebenden Daten. *

³ Artikel 2 gilt sinngemäss.

Art. 25 3. Rechnungslegung

¹ Die Jahresrechnung ist gemäss den Vorgaben des Gesundheitsamts zu erstellen. *

² Die freien Reserven dürfen einen halben Jahresumsatz nicht übersteigen. *

³ Investitionen mit einem Anschaffungswert von über 3000 Franken pro Objekt sind in der Anlagebuchhaltung zu erfassen und während der Nutzungsdauer linear abzuschreiben. Die Nutzungsdauer richtet sich nach dem Handbuch des Spitex Verbandes Schweiz.

⁴ Die Kostenrechnung ist gemäss dem Handbuch des Spitex Verbandes Schweiz und den Vorgaben des Gesundheitsamts zu führen. *

⁵ Das Geschäftsjahr hat dem Kalenderjahr zu entsprechen.

⁶ Das Gesundheitsamt kann bei den Diensten ohne kommunalen Leistungsauftrag sowie den anerkannten Pflegefachpersonen die Anforderungen an die Rechnungslegung reduzieren oder diese von der Pflicht zur Führung einer Kostenrechnung befreien. *

Art. 25a * 4. Beitragskürzung

¹ Eine Kürzung gemäss Artikel 31f Litera a des Gesetzes wird vorgenommen, wenn die personellen Anforderungen gemäss Artikel 22 Litera c der Verordnung zum Gesundheitsgesetz nicht erfüllt werden. *

² Auf eine Kürzung gemäss Artikel 31f Litera g des Gesetzes kann verzichtet werden, wenn für fehlende Ausbildungs- und Praktikumsplätze Ausbildungsbeiträge in den Ausbildungsfonds des Spitex Verbands Graubünden entrichtet werden.

³ Das Reglement des Ausbildungsfonds und die Höhe der zu entrichtenden Ausbildungsbeiträge bedürfen der Genehmigung der Regierung.

Art. 26 Anstellung pflegender Angehöriger

¹ Pflegende Angehörige können auf ihr Begehren durch die Dienste der häuslichen Pflege und Betreuung im Umfang des Ergebnisses der Bedarfsklärung und im Rahmen ihrer Kompetenzen angestellt werden, wenn: *

- a) * sie eine Bestätigung über die erfolgreiche Absolvierung des Pflegehelferinnenkurses beziehungsweise des Pflegehelferkurses des Schweizerischen Roten Kreuzes vorweisen oder über eine Ausbildung gemäss Artikel 13 Absatz 2 oder 3 der Verordnung zum Gesundheitsgesetz verfügen;
- b) der Einsatz einer Langzeitsituation entspricht und die Anstellung auf mindestens zwei Monate angelegt ist;
- c) sie noch nicht das AHV-Alter erreicht haben.

² Auf begründetes Gesuch können die Dienste im Einzelfall vom Gesundheitsamt von der Anstellungspflicht befreit werden. *

Art. 27 * Gemeinden

¹ Die den Gemeinden einzureichenden Unterlagen wie auch die Periodizität der Auszahlung der kommunalen Leistungsbeiträge haben die Dienste und die anerkannten Pflegefachpersonen mit den zahlungspflichtigen Wohnsitzgemeinden zu vereinbaren.

6. ... ***Art. 28 *** ...**Art. 29 *** ...**Art. 30 *** ...**Art. 31 *** ...

Art. 31a * ...

7. Beiträge an das Rettungswesen *

Art. 31b * Frei praktizierende Ärzte

¹ Ärzte und Ärztinnen, welche in den Notfall- und Krankentransportdienst des Spitals eingebunden sind, sind für die über 12.5 Dienstage an Wochenenden oder Feiertagen pro Jahr hinausgehenden Dienstage an Wochenenden oder Feiertagen mit 800 Franken pro Tag zu entschädigen.

² Das Departement kann die Anzahl der entschädigungsberechtigten Tage und der entschädigungsberechtigten Ärzte und Ärztinnen pro Spitalregion limitieren.

Art. 31c * Zentrale Koordinationsstelle

¹ Für alle durch die Sanitätsnotrufzentrale 144 disponierten Einsätze sind folgende Pauschalen in Rechnung zu stellen: *

a) * Primäreinsätze der Dringlichkeitsstufe 1 und 2 Fr. 50.–

b) * alle übrigen Einsätze Fr. 30.–

² Bei Primäreinsätzen und bei nicht medizinisch indizierten Sekundärtransporten hat das für den Rettungsdienst beziehungsweise Ambulanzstützpunkt zuständige Spital die Dispositionspauschale separat ausgewiesen den Patientinnen und Patienten in Rechnung zu stellen.

³ Bei medizinisch indizierten Sekundäreinsätzen hat das Spital, welches die Transportkosten zu übernehmen hat, die Pauschale den Patientinnen und Patienten in Rechnung zu stellen.

⁴ Die Spitäler haben die entsprechenden Einnahmen bis Ende Januar des Folgejahres der Sanitätsnotrufzentrale 144 zu überweisen.

⁵ Für Spitalregionen, welchen die Regierung gestützt auf Artikel 38 Absatz 2 des Krankenpflegegesetzes den Anschluss an eine ausserkantonale Koordinationsstelle genehmigt hat, gelten die Absätze 1 bis 4 sinngemäss. *

8. Ausbildungsplätze für Schulen des Gesundheits- und Sozialwesens *

Art. 31d * Abgeltung der Arbeitsleistung

¹ Die vom Kanton subventionierten Betriebe haben die Arbeitsleistung der Praktikantinnen und Praktikanten im Umfang der gemäss Artikel 22 Absatz 2 des Gesetzes festgelegten Anzahl Praktikumsplätze abzugelten.

² Wenn die Arbeitsleistungen durch Lohnzahlungen der Schule abgegolten werden, wird die Abgeltung mit dem Leistungsbeitrag des vierten Quartals an die Leistungserbringer des Gesundheits- und Sozialwesens verrechnet.

³ Die Höhe der Abgeltung wird im Anhang 3 zur Verordnung festgelegt.

9. Schlussbestimmungen *

Art. 32 * Übergangsbestimmungen
1. Spitäler

¹ Die Jahresrechnung gemäss der Vorgabe von Artikel 9 Absatz 1 Litera a ist spätestens für das Rechnungsjahr 2014 zu erstellen.

Art. 33 * ...

Art. 34 * ...

Art. 35 2. Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen

¹ Teilabrechnungen von Bauprojekten werden als Abrechnungen gemäss Artikel 49c des Gesetzes²⁾ anerkannt.

² Die Jahresrechnung gemäss der Vorgabe von Artikel 11c Absatz 1 ist spätestens für das Rechnungsjahr 2014 zu erstellen. *

Art. 35a * ...

Art. 35b * ...

Art. 36 Inkrafttreten, Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Diese Verordnung tritt zusammen mit der Teilrevision des Krankenpflegegesetzes vom 13. Juni 2007 in Kraft³⁾.

² Auf diesen Zeitpunkt werden aufgehoben:

- a) Verordnung zum Krankenpflegegesetz vom 14. Dezember 2004⁴⁾;
- b) Tarifordnung für Organisationen der häuslichen Pflege und Betreuung vom 26. September 1994⁵⁾;
- c) Reglement für den Austausch von Pflege- und Betreuungskräften und den Einsatz von überregionalen Organisationen vom 7. Juli 1998⁶⁾;
- d) Reglement zur Entlastung und Anstellung von pflegenden Angehörigen vom 7. Juli 1998⁷⁾.

²⁾ BR [506.000](#)

³⁾ 1. Januar 2008

⁴⁾ AGS 2004, KA 2004_4396, BR 506.060

⁵⁾ AGS 1994, 3109 und Änderungen gemäss Register zur AGS; BR 506.095

⁶⁾ AGS 1998, 4125, BR 506.100

⁷⁾ AGS 1998, 4130; BR 506.110

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
11.12.2007	01.01.2008	Erlass		-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 11	totalrevidiert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 11a	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 11b	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 11c	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 11d	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 11e	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Titel 5.	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 17	totalrevidiert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 18 Abs. 2	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 19	totalrevidiert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 20 Abs. 1, a)	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 20 Abs. 3	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 22	totalrevidiert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 22 Abs. 2	aufgehoben	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 22a	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 23 Abs. 1	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 24 Abs. 1	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 24 Abs. 2	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 25 Abs. 1	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 25 Abs. 2	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 25 Abs. 4	geändert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 25 Abs. 6	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 25a	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 27	totalrevidiert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 31	totalrevidiert	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 31a	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 35 Abs. 2	eingefügt	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 1 Abs. 1	geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 1 Abs. 2	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 1 Abs. 3	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 2	totalrevidiert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 2a	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4	Titel geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4 Abs. 3	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4 Abs. 4	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4 Abs. 5	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4 Abs. 6	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4 Abs. 7	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 4a	totalrevidiert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 5	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 6	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 7	Titel geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 7 Abs. 1	geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 7 Abs. 1, d)	geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 7 Abs. 1, e)	eingefügt	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 7 Abs. 1, f)	eingefügt	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 8	totalrevidiert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 8a	eingefügt	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 9 Abs. 1	geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Titel 4.	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 12	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 13	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 14	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 15	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 16	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Titel 6.	geändert	-
01.11.2011	01.01.2012	Titel 7.	eingefügt	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 31b	eingefügt	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 32	totalrevidiert	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 33	aufgehoben	-

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
01.11.2011	01.01.2012	Art. 34	aufgehoben	-
01.11.2011	01.01.2012	Art. 35a	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 3	totalrevidiert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 7 Abs. 1, g)	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 7 Abs. 1, i)	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 7a	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 11 Abs. 1, b)	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 11 Abs. 3	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 11 Abs. 4	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 1, f)	aufgehoben	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 17 Abs. 1, h)	aufgehoben	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 1	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 2, b)	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 18 Abs. 2, c)	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 21 Abs. 1	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 21 Abs. 2	aufgehoben	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 21 Abs. 3	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 22 Abs. 1, b)	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 22 Abs. 3	geändert	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 22 Abs. 4	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 26 Abs. 2	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Art. 31c	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Titel 8.	eingefügt	-
18.12.2012	01.01.2013	Titel 9.	eingefügt	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 7 Abs. 1, h)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 11 Abs. 1, a)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 11a Abs. 1, a)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 11a Abs. 1, b)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 11a Abs. 1, c)	aufgehoben	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 17 Abs. 1, g)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 17 Abs. 1, i)	aufgehoben	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 17 Abs. 2	eingefügt	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 17 Abs. 3	eingefügt	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 22 Abs. 1, a)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 23 Abs. 1, a)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 23 Abs. 1, b)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 23 Abs. 1, c)	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 25a Abs. 1	geändert	-
17.12.2013	01.01.2014	Art. 35b	totalrevidiert	-
13.05.2014	01.06.2014	Art. 4 Abs. 1	geändert	-
13.05.2014	01.06.2014	Art. 26 Abs. 1	geändert	-
13.05.2014	01.06.2014	Art. 26 Abs. 1, a)	geändert	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 11b Abs. 3	geändert	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 11b Abs. 4	eingefügt	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 22 Abs. 1, a)	geändert	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 23 Abs. 1, a)	geändert	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 23 Abs. 1, b)	geändert	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 23 Abs. 1, c)	aufgehoben	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 31c	totalrevidiert	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 31d	eingefügt	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 35a	aufgehoben	-
18.11.2014	01.01.2015	Art. 35b	aufgehoben	-
30.06.2015	01.01.2016	Titel 6.	aufgehoben	2015-021
30.06.2015	01.01.2016	Art. 28	aufgehoben	2015-021
30.06.2015	01.01.2016	Art. 29	aufgehoben	2015-021
30.06.2015	01.01.2016	Art. 30	aufgehoben	2015-021
30.06.2015	01.01.2016	Art. 31	aufgehoben	2015-021
30.06.2015	01.01.2016	Art. 31a	aufgehoben	2015-021
01.12.2015	01.01.2016	Art. 11c Abs. 2	geändert	2015-042
01.12.2015	01.01.2016	Art. 11c Abs. 3	aufgehoben	2015-042
01.12.2015	01.01.2016	Anhang 1	Inhalt geändert	2015-042
01.12.2015	01.01.2016	Anhang 2	Inhalt geändert	2015-042
13.06.2016	01.01.2017	Titel 4a.	eingefügt	2016-012
13.06.2016	01.01.2017	Art. 16a	eingefügt	2016-012
13.06.2016	01.01.2017	Art. 16b	eingefügt	2016-012
05.12.2016	01.01.2017	Art. 3	aufgehoben	2016-028

506.060

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
05.12.2016	01.01.2017	Art. 11b Abs. 3	geändert	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 17 Abs. 2	aufgehoben	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 17 Abs. 3	aufgehoben	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 22a	Titel geändert	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 22a Abs. 1	geändert	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 22b	eingefügt	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 31c Abs. 1	geändert	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 31c Abs. 1, a)	eingefügt	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 31c Abs. 1, b)	eingefügt	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Art. 31c Abs. 5	geändert	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Anhang 1	Inhalt geändert	2016-028
05.12.2016	01.01.2017	Anhang 2	Inhalt geändert	2016-028

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erläss	11.12.2007	01.01.2008	Erstfassung	-
Art. 1 Abs. 1	01.11.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 1 Abs. 2	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 1 Abs. 3	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 2	01.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 2a	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 3	18.12.2012	01.01.2013	totalrevidiert	-
Art. 3	05.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-028
Art. 4	01.11.2011	01.01.2012	Titel geändert	-
Art. 4 Abs. 1	13.05.2014	01.06.2014	geändert	-
Art. 4 Abs. 3	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 4 Abs. 4	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 4 Abs. 5	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 4 Abs. 6	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 4 Abs. 7	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 4a	01.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 5	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 6	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 7	01.11.2011	01.01.2012	Titel geändert	-
Art. 7 Abs. 1	01.11.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 7 Abs. 1, d)	01.11.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 7 Abs. 1, e)	01.11.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 7 Abs. 1, f)	01.11.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 7 Abs. 1, g)	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 7 Abs. 1, h)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 7 Abs. 1, i)	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 7a	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 8	01.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 8a	01.11.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 9 Abs. 1	01.11.2011	01.01.2012	geändert	-
Art. 11	21.12.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 11 Abs. 1, a)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 11 Abs. 1, b)	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 11 Abs. 3	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 11 Abs. 4	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 11a	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 11a Abs. 1, a)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 11a Abs. 1, b)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 11a Abs. 1, c)	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	-
Art. 11b	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 11b Abs. 3	18.11.2014	01.01.2015	geändert	-
Art. 11b Abs. 3	05.12.2016	01.01.2017	geändert	2016-028
Art. 11b Abs. 4	18.11.2014	01.01.2015	eingefügt	-
Art. 11c	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 11c Abs. 2	01.12.2015	01.01.2016	geändert	2015-042
Art. 11c Abs. 3	01.12.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-042
Art. 11d	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 11e	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Titel 4.	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 12	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 13	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 14	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 15	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 16	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Titel 4a.	13.06.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-012
Art. 16a	13.06.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-012
Art. 16b	13.06.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-012
Titel 5.	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 17	21.12.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 17 Abs. 1, f)	18.12.2012	01.01.2013	aufgehoben	-
Art. 17 Abs. 1, g)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Art. 17 Abs. 1, b)	18.12.2012	01.01.2013	aufgehoben	-
Art. 17 Abs. 1, i)	17.12.2013	01.01.2014	aufgehoben	-
Art. 17 Abs. 2	17.12.2013	01.01.2014	eingefügt	-
Art. 17 Abs. 2	05.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-028
Art. 17 Abs. 3	17.12.2013	01.01.2014	eingefügt	-
Art. 17 Abs. 3	05.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-028
Art. 18 Abs. 1	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18 Abs. 2	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 18 Abs. 2, b)	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 18 Abs. 2, c)	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 19	21.12.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 20 Abs. 1, a)	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 20 Abs. 3	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 21 Abs. 1	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 21 Abs. 2	18.12.2012	01.01.2013	aufgehoben	-
Art. 21 Abs. 3	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 22	21.12.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 22 Abs. 1, a)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 22 Abs. 1, a)	18.11.2014	01.01.2015	geändert	-
Art. 22 Abs. 1, b)	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 22 Abs. 2	21.12.2010	01.01.2011	aufgehoben	-
Art. 22 Abs. 3	18.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 22 Abs. 4	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 22a	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 22a	05.12.2016	01.01.2017	Titel geändert	2016-028
Art. 22a Abs. 1	05.12.2016	01.01.2017	geändert	2016-028
Art. 22b	05.12.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-028
Art. 23 Abs. 1	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 23 Abs. 1, a)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 23 Abs. 1, a)	18.11.2014	01.01.2015	geändert	-
Art. 23 Abs. 1, b)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 23 Abs. 1, b)	18.11.2014	01.01.2015	geändert	-
Art. 23 Abs. 1, c)	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 23 Abs. 1, c)	18.11.2014	01.01.2015	aufgehoben	-
Art. 24 Abs. 1	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 24 Abs. 2	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 25 Abs. 1	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 25 Abs. 2	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 25 Abs. 4	21.12.2010	01.01.2011	geändert	-
Art. 25 Abs. 6	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 25a	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 25a Abs. 1	17.12.2013	01.01.2014	geändert	-
Art. 26 Abs. 1	13.05.2014	01.06.2014	geändert	-
Art. 26 Abs. 1, a)	13.05.2014	01.06.2014	geändert	-
Art. 26 Abs. 2	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 27	21.12.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Titel 6.	01.11.2011	01.01.2012	geändert	-
Titel 6.	30.06.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-021
Art. 28	30.06.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-021
Art. 29	30.06.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-021
Art. 30	30.06.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-021
Art. 31	21.12.2010	01.01.2011	totalrevidiert	-
Art. 31	30.06.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-021
Art. 31a	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 31a	30.06.2015	01.01.2016	aufgehoben	2015-021
Titel 7.	01.11.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 31b	01.11.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 31c	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 31c	18.11.2014	01.01.2015	totalrevidiert	-
Art. 31c Abs. 1	05.12.2016	01.01.2017	geändert	2016-028
Art. 31c Abs. 1, a)	05.12.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-028
Art. 31c Abs. 1, b)	05.12.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-028
Art. 31c Abs. 5	05.12.2016	01.01.2017	geändert	2016-028
Titel 8.	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-
Art. 31d	18.11.2014	01.01.2015	eingefügt	-
Titel 9.	18.12.2012	01.01.2013	eingefügt	-

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Art. 32	01.11.2011	01.01.2012	totalrevidiert	-
Art. 33	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 34	01.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	-
Art. 35 Abs. 2	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	-
Art. 35a	01.11.2011	01.01.2012	eingefügt	-
Art. 35a	18.11.2014	01.01.2015	aufgehoben	-
Art. 35b	17.12.2013	01.01.2014	totalrevidiert	-
Art. 35b	18.11.2014	01.01.2015	aufgehoben	-
Anhang 1	01.12.2015	01.01.2016	Inhalt geändert	2015-042
Anhang 1	05.12.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	2016-028
Anhang 2	01.12.2015	01.01.2016	Inhalt geändert	2015-042
Anhang 2	05.12.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	2016-028